

Nach den Sommerferien sollen Taten folgen

Biel Kurz vor den Ferien hat gestern die Dialoggruppe das Arbeitsprogramm für die Lösungsfindung beim A5-Westast verabschiedet. Der dazugehörige Zeitplan ist ambitioniert: Westast-Befürworter wie Westast-Gegner fordern einen strafferen Sitzungsrythmus.

Deborah Balmer

Er sei froh, dass nun das Formelle erledigt sei und man demnächst zum Inhalt schreiten könne. Das sagte Gilbert Hürsch, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Biel-Seeland, gestern an der Medienorientierung zum Dialogprozess Westast. Es war der Moment nach der mehrstündigen Sitzung, an der sich über 50 Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Organisationen und den Behörden am runden Tisch getroffen hatten, um die letzten Formalitäten im Lösungsfindungsprozess in der Kontroverse um den Westast zu klären. Nach den Sommerferien kann es dann also mit den inhaltlichen Diskussionen losgehen.

Geleitet hatte die Sitzung erneut der Präsident der Dialog- und Kerngruppe, Hans Werder – früherer Generalsekretär unter dem Bundesrat Moritz Leuenberger beim Uvek. Zwei wichtige Entscheidungen hat die Dialoggruppe gestern getroffen: Erstens hat sie das Arbeitsprogramm und einen dazugehörigen Zeitplan im breiten Konsens verabschiedet. Es handelt sich um das «Arbeitsprogramm – in vier Schritten zu den Empfehlungen», das im Juni bereits von der Kerngruppe intensiv diskutiert wurde.

Zweitens ist das Sekretariat neu besetzt worden: Dieses muss sich strikt auf die Administration beschränken und alle Parteien gleich behandeln. Die Wahl fiel auf Hansjörg Ryser, der mit seiner kleinen Firma FR & Partner auf Mediation, Konfliktmanagement und Kommunikation spezialisiert ist. Für die neue Aufgabe hat sich Ryser mit der Berner Firma F+W Communications zusammenschlossen. Vorübergehend hatte Corinne Leuenberger von der Stadt Biel Sekretariats-Aufgaben übernommen.

Vier Schritte zum Ziel

Das erwähnte Arbeitsprogramm besteht aus vier Schritten. Der wichtigste davon dürfte Schritt drei sein, in dem die verschiedenen Varianten zur Westumfahrung in Biel verglichen werden. Folgende Varianten sind erwähnt: Süd- und Nordvariante,



Es läuft ein straffer Zeitplan: Corinne Leuenberger, interimistische Sekretärin, Dialogsleiter Hans Werder und der neue Sekretär Hansjörg Ryser (von links).

NICO KOBEL

Variante Mitte (Ausführungsprojekt, Null plus, alternative Konzepte wie der Boulevard oder das Tunnel Brügmoos-Rusel), eventuell Kombinationsvarianten. Ziel ist es, die Varianten im Diskurs zu beurteilen, eine Stossrichtung zu wählen und aussichtslose Varianten ganz auszuschliessen. Hans Werder bezeichnete diesen dritten Schritt gestern als Königsdisziplin und wiederholte, was er bereits nach der Kerngruppen-Sitzung im Juni sagte: Eine Garantie, dass man in der Gruppe eine gemeinsame Lösung finde, gebe es nicht. Laut Zeitplan sollen von Januar bis März 2020 die Varianten-Ausscheidungen vor-

genommen werden. Daraufhin soll dann der vierte Schritt erfolgen: die Empfehlung an die Behörden.

«Der Zeitplan ist knapp»

Eines ist sicher: Bis es soweit ist, steht viel Arbeit an. Gemeinsam wird laut Werder jeweils kontrolliert, ob der Zeitplan eingehalten wird. «Wenn das nicht klappt, schauen wir jeweils, wie wir darauf reagieren», sagte er. Urs Scheuss sagte gestern als Vertreter des VCS: «Nun beginnt die spannende inhaltliche Arbeit. Es gibt viel zu tun, der Zeitplan ist knapp.» In einer Mitteilung der Westast-Kritiker heisst es dann

«Nun beginnt die spannende inhaltliche Arbeit.»

Urs Scheuss, VCS

auch: Sowohl Befürworter wie Kritiker würden einen strafferen Sitzungsrythmus fordern. Ein Dialog sei kein Diktat – daher brauche die gerechte Aushandlung einer breit abgestützten Lösung viel Zeit, Engagement und auch Offenheit für Neues: Dies hätten laut der Mitteilung gegnerische Parteien, Befürworter und Behörden erneut betont. Die Westast-Kritiker haben zudem erneut einen Bericht zu den Kosten des Dialogprozesses sowie Einblick in den schriftlichen Auftrag für den Dialogprozess verlangt. Auch die Befürworter meldeten sich in einer Mitteilung zu dem Wort: Nun gehe es darum, die ef-

fektiven Verkehrsprobleme in Biel und der Region anzupacken, aber auch darum, mit welchen Mitteln der Verkehr in der Stadt in Zukunft gesteuert werden könne. Heute komme es besonders auf der Verkehrsachse Bernstrasse-Neuenburgstrasse tagtäglich zu starken Staus. Leidtragende seien die Quartiere im Westen Biels sowie die Gemeinden Nidau, Brügg, Aegerten und Port. Das Komitee «Pro Westast» und «Jetzt A5-Westast» zähle auf konstruktive Diskussionen und nachhaltige Lösungen.

Alles zum Westast unter www.bielertagblatt.ch/a5

Gemeinderat lehnt Verfahrenspause ab

Biel Der Rechtsstreit um die Verkehrsmassnahmen an der Waldrain- und Bermenstrasse wird nicht sisiert. Der Gemeinderat lehnt eine entsprechende Forderung des Lindenquartierleists ab.

Reden statt streiten: Mit einer Mitte April eingereichten Petition wollte der Lindenquartierleist erreichen, dass der Gemeinderat das laufende Verfahren betreffend der Bermenstrasse sistiert. Die Anwohner hatten versichert, ihrerseits den Rechtsweg im Fall der Waldrainstrasse vorübergehend ruhen zu lassen. Dies hätte gemäss den Unterschriftensammlern die Grundlage für einen Dialog zur Verkehrsführung im Lindenquartier bieten sollen.

Nun ist das Anliegen jedoch abgelehnt worden. Der Gemein-

derat schreibt in seiner Antwort auf die Petition, er stelle die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit der vorgesehenen Massnahmen auf den beiden Strassen nicht infrage.

Die Stadt hatte für die Bermenstrasse als Reaktion auf die Eröffnung des A5-Ostasts Einbahnverkehr und Tempo 30 angeordnet. Die Anwohner ärgerten sich darüber, dass die Entscheidung ohne Rücksprache getroffen wurden und wehrten sich dagegen. Mit der Beschwerde hatten sie tatsächlich Erfolg – zumindest erstinstanzlich. Das Regierungsstatthalteramt entschied, dass die Stadt ihre bereits aufgestellten Verkehrsschilder nach nur wenigen Tagen wieder abtransportieren musste. Später gab es dem Lindenquartierleist auch ganz grundsätzlich recht und ent-



Kommt der Bus, weichen Automobilisten auf der Waldrainstrasse auf das Trottoir aus, das viele Kinder auf ihrem Schulweg benutzen. MT

schied, dass Einbahnverkehr auf der Bermenstrasse «nicht verhältnismässig» sei. Diesen Entscheid zog die Stadt allerdings an die Kantonsbehörde weiter, weshalb die Sache juristisch nach wie vor hängig ist.

Gegen den Schleichverkehr

Beim Rechtsstreit um die Waldrainstrasse verhält es sich ähnlich. Hier wollte die Stadt Einbahnverkehr einführen, weil Autos regelmässig auf das Trottoir ausweichen, wenn sie kreuzen müssen. Wiederum wehrten sich die Anwohner, erhielten in diesem Fall jedoch nicht recht. Auch sie akzeptierten den Entscheid nicht und gingen in die nächste Instanz. Der Gemeinderat hielt in seiner Antwort nochmals fest, er wolle einerseits die Quartiere nachhaltig vor dem Schleichverkehr schützen und

andererseits die Sicherheit für Velofahrer sowie Fussgänger, insbesondere für Schulkinder, verbessern. Das Gerichtsverfahren will er deshalb zu Ende führen. Der Gemeinderat verspricht jedoch Dialogbereitschaft hinsichtlich der Umsetzung der Massnahmen, falls er vor Gericht recht bekommen sollte.

Der Vorstand des Lindenquartierleists nimmt den Entscheid «mit Bedauern» zur Kenntnis. Er schreibt, dass er die beiden vom Gemeinderat formulierten Ziele zwar ebenfalls unterstütze. Ob die getroffenen Massnahmen diese Ziele vor Ort wirklich erfüllen, stellt er dagegen infrage. Die Anwohner befürchten, dass die geplante Einbahnführung der Waldrainstrasse zu Umgehungsverkehr in benachbarte kleinere Quartierstrassen führen könnte. *leh*